

## Rechtspopulismus in Europa – eine Gefahr für die Demokratie?

FRANK DECKER

---



Seit Mitte der achtziger Jahre ist es in zahlreichen westeuropäischen Ländern zur Herausbildung einer neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie gekommen, für die sich in der Wissenschaft und im journalistischen Sprachgebrauch der Begriff «rechtspopulistisch» eingebürgert hat. Als die Neuankömmlinge am rechten Rand (Front National, Lega Nord, Vlaams Blok, FPÖ) auf den Plan traten und die ersten Wahlerfolge erzielten, war man noch geneigt, sie als flüchtige Protesterscheinungen abzutun, wie es sie in den westlichen Demokratien – auch in populistischer Gestalt – schon immer gegeben hatte. Es herrschte die Erwartung, dass die Herausforderer über kurz oder lang wieder auf Normalmaß zurückgestutzt und aus den Parteiensystemen verschwinden würden. Die weitere Entwicklung sollte dies gründlich widerlegen. Nicht nur, dass die Rechtspopulisten ihre Stellung verteidigen und sogar noch ausbauen konnten. Das Phänomen begann sich nun auf andere westeuropäische Länder auszudehnen und machte auch vor den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas nicht halt. In einigen Ländern repräsentieren Rechtspopulisten dort heute sogar die Hauptströmung im Mitte-Rechts-Lager, in Polen etwa die Partei *Recht und Gerechtigkeit (PIS)*, in Ungarn *Fidesz*.

Als die nach dem von unten herbeigezwungenen Systemwechsel neu- oder wiedererstandenen demokratischen Verfassungsstaaten in Mittelosteuropa ihren politischen Transformationsprozess mit dem Beitritt zur Europäischen Union in den 2000er Jahren förmlich «krönten», hätte man nicht vermutet, dass einige von ihnen bald zu Trendsettern einer gegenläufigen Entwicklung werden würden. Was in Ungarn unter der Fidesz-Regierung schon länger im Gange war – der Umbau des Staates zu einem quasi-demokratischen autoritären System – kündigte sich nach der Machtübernahme der PIS auch in Polen an. Damit eiferten ausgerechnet jene beiden Länder, die den eigenen Freiheitswillen in der kommunistischen Zeit gegen die Sowjetunion am konsequentesten unter

Beweis gestellt hatten, dem – von seinem Urheber Wladimir Putin zynisch als «gelenkte» Demokratie titulierten – Herrschaftsmodell des verhassten russischen Nachbarn nach.

Der Nimbus des starken Führers, der Putin trotz oder gerade wegen der ökonomischen Schwäche seines Riesenreiches umgibt, strahlt inzwischen auch auf die «alten» westlichen Demokratien aus. Marine Le Pen und Alexander Gauland fühlen sich ebenso zum demokratischen Autoritarismus hingezogen wie der US-amerikanische Präsident Donald Trump. So groß die Unterschiede innerhalb der rechtspopulistischen Familie in ideologisch-programmatischer und organisatorischer Hinsicht sein mögen, eint sie der «identitäre» Gegenentwurf zu einem liberalen, universalistischen Politikverständnis, dessen Wohlstands- und Teilhabeverprechen wachsende Teile der heutigen Gesellschaft nicht mehr erreicht. Zwei – sich häufig auch in Parteienform überlappende – Spielarten des Populismus nehmen die christdemokratisch-konservativen und sozialdemokratischen Parteien dabei in ihren Zangengriff – ein kapitalismuskritischer und/oder wohlfahrtschauvinistisch geprägter Sozialpopulismus und ein kulturalistisch unterfütterter Anti-Islam-Populismus.

In der Alltagssprache wird Populismus häufig mit der Anbietung an populäre politische Positionen gleichgesetzt, die den vermeintlichen Mehrheitswillen der Bevölkerung repräsentieren. Dies trifft das wissenschaftliche Begriffsverständnis nur zum Teil. Hier steht Populismus primär für den Rekurs auf das einfache Volk und die Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen und politischen Eliten. Er befindet sich also in Opposition zum Establishment und verzichtet deshalb bewusst auf die Zustimmung relevanter Bevölkerungsteile. Gerade dieser Außenseiterstatus verschafft ihm Glaubwürdigkeit unter seinen Anhängern.

Adressat und ideologische Grundlage aller Formen des Populismus ist das «Volk» als identitätsstiftendes Ideal. An die Stelle der Anerkennung der Komplexität moderner Gesellschaften setzen die Populisten moralische Werte und Tugenden – so kommen die Chiffren vom «anständigen Bürger» und hart arbeitenden «kleinen Mann» zustande. Die inhaltliche Füllung des Volksbegriffes variiert je nach ideologischer Ausrichtung. Rechte Parteien verweisen vor allem auf die nationale Identität, während linke Gruppierungen an den sozialen Status der Arbeitnehmer und Arbeitslosen appellieren. Beiden Richtungen ist gemeinsam, dass sie die Partikularinteressen der von ihnen angesprochenen Wähler als «wahren» Volkswillen ausgeben. Um diesen zum Ausdruck zu bringen, propagieren die Populisten zum einen mehr direktdemokratische anstelle der bestehenden repräsentativen Entscheidungsverfahren, zum anderen setzen sie auf charismatische Führungspersönlichkeiten, die mittels brachialer Rhetorik als Sprachrohre des Volkes inszeniert werden.

Für das Überwiegen des rechten Populismus in Europa und den USA lassen sich empirische und theoretische Gründe anführen. Die empirische Erklärung verweist auf den Bedeutungsanstieg der kulturellen (wertebezogenen) Konfliktlinie in den Parteiensystemen, die in den siebziger Jahren zur Entstehung zuerst der neuen sozialen Bewegungen und dann der grünen (ökologischen) Parteien geführt hat, bevor sich in den achtziger Jahren – gleichsam als «post-materialistische» Gegenreaktion von rechts – die neuen populistischen Parteien formierten.

Die theoretische Erklärung betont den inneren Zusammenhang von rechtem Denken und populistischer Ideologie. *Erstens* sei die Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite prädestiniert, das Volk auch in sich als homogene Einheit zu betrachten. Die damit einhergehende Ausgrenzung von vermeintlich nicht-zugehörigen Personen oder Gruppen auf der horizontalen Ebene unterscheide die Rechte von den universalistischen Prinzipien der Linken. *Zweitens* verfolge der Populismus trotz seiner anti-liberalen und anti-pluralistischen Stoßrichtung einen im Kern individualistischen Ansatz, der die Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund rücke und sich gegen staatliche Bevormundung und kollektiv verordnete «Zwangssolidarität» wende. Und *drittens* sei der Populismus dem Wesen nach rückwärtsgewandt, indem er ein durch die Modernisierungsprozesse überholtes Gesellschaftsbild konservieren möchte, das als «Goldenes Zeitalter» romantisch verklärt wird.

Von den drei Argumenten steht das letzte auf den schwächsten Füßen. Das Festhalten oder Bewahren früherer Zustände ist längst kein Monopol der Rechten mehr (wenn es das je war), sondern inzwischen ein ebenso wichtiges Anliegen der Linken – man denke etwa an den Umwelt- und Klimaschutz oder die Absicherung des durch den internationalen Standortwettbewerb unter Druck geratenen Wohlfahrtsstaates. Ergeben sich hier möglicherweise Schnittmengen zwischen rechtem und linkem Populismus, so weisen die beiden zuerst genannten Argumente zugleich auf die Bandbreite ideologischer Positionen innerhalb der populistischen Rechten.

Gab es zu Beginn der 2000er Jahre noch Anzeichen für eine allmähliche Erschöpfung der populistischen Mobilisierungsfähigkeit, so haben die am 11. September 2001 in den USA beginnende Serie islamistischer Terroranschläge, die durch die Bürgerkriege im Nahen Osten und die sich verschlechternde Lebenssituation in großen Teilen des afrikanischen Kontinents und den Ländern des südlichen Balkans seit 2013 stark ansteigenden Flüchtlingszahlen sowie die 2007 ausgebrochene Finanz- und Eurokrise dem Populismus mittlerweile eine stabile Erfolgsgrundlage verschafft. Während die Angst vor dem Islam Wasser auf die Mühlen der rechten Einwanderungskritiker lenkte, bescherte die Finanz- und Eurokrise den Kritikern des «neoliberalen» Modernisierungs-

projekts neuen Zulauf. Diese kamen von links wie von rechts. Die Schattenseiten der beschleunigten Globalisierung hatten schon in den neunziger Jahren dafür gesorgt, dass auch jene Rechtspopulisten, die wie etwa die Lega Nord oder die FPÖ vorher zum Teil noch pro-europäisch aufgestellt waren, nun zu rigorosen EU-Gegnern mutierten. Folgt man deren Argumenten, steht die Europäische Union stellvertretend für alle Fehlentwicklungen der heutigen Politik: materielle Wohlstandsverluste, multikulturelle «Überfremdung» und Krise der politischen Repräsentation.

Welche Folgen die «populistische Revolte» hat, und wie sie aus demokratischer Sicht bewertet werden muss, bleibt unter den wissenschaftlichen und politischen Beobachtern umstritten. Während die einem im Populismus einen urdemokratischen Impuls sehen, der Fehlentwicklungen der politischen Systeme anprangere und korrigiere, weisen andere auf die Gefährdungen hin, die von den populistischen Erscheinungen mittelbar oder unmittelbar für die demokratische Entwicklung ausgingen. Das Problem liegt darin, dass auf dieser allgemeinen Ebene beide Seiten Recht haben. Die Ambivalenz unter Demokratiegesichtspunkten ist dem Populismus schon vom Begriff her gegeben. Einerseits steckt in ihm das Wort *populus*

Die Ambivalenz unter Demokratiegesichtspunkten ist dem Populismus schon vom Begriff her gegeben. [...] Wo Demokratie ist, ist – mit anderen Worten – immer auch Populismus.

(= Volk), was auf eine enge Verbindung zur demokratischen Idee hindeutet. Wo Demokratie ist, ist – mit anderen Worten – immer auch Populismus. Auf der anderen Seite signalisiert die Endung *-mus* eine ideologische Übersteigerung, die dem gemäßigten Charakter der heutigen Demokratien widerstreitet. Indem er das demokratische Element verabsolutiert und gegen die demokratiebegrenzenden Prinzipien der Verfassungsstaatlichkeit in Stellung bringt, rückt der Populismus zumindest potenziell in die Nähe der Systemfeindlichkeit.

Welche von beiden Interpretationen trifft auf den Rechtspopulismus zu? Um eine sinnvolle Antwort darauf zu geben, ist es zweckmäßig, zwischen der Aussagen- und Wirkungsebene populistischer Politik zu unterscheiden. Was für sich genommen undemokratisch sein mag – die ideologischen Inhalte des Rechtspopulismus oder seine Agitationsformen – kann in der Auseinandersetzung mit anderen Akteuren und Ideen ja durchaus demokratiefördernde oder -stabilisierende Konsequenzen entfalten. Das Auftreten populistischer Parteien und Bewegungen an sich ist also noch kein Ausweis demokratischer Instabilität; selbst bei Gruppierungen mit eindeutig feindlichen Absichten könnte es die Integrationsleistung des Systems gerade befördern, wenn vorhandene Protestgründe aufgenommen werden und auf diese Weise eine neue politische Balance

entsteht. Offenbar gibt es auch in der heutigen Gesellschaft populistische Momente, «Zeiten der drohenden Verkrustung der Systeme, der Phantasielosigkeit der Etablierten, der notwendigen Erneuerung, in denen solche Bewegungen und Energien ihre positive historische Funktion haben» (Hans-Jürgen Puhle). Der neue Rechtspopulismus bildet hiervon keine Ausnahme. Indem er dem Protest eine Stimme leiht, sorgt er einerseits dafür, dass dieser im System verbleibt und nicht in die dumpferen Kanäle der Gewalt und des Sektierertums abgedrängt wird. Zum anderen zwingt er die etablierten Kräfte, sich der Probleme anzunehmen, die zuvor offensichtlich vernachlässigt wurden und den Newcomern die Wähler überhaupt erst zugetrieben haben. Mit Blick auf die AfD spricht der Dresdner Politologie Werner Patzelt hier vom Schließen einer «Repräsentationslücke». Selbstbewusste Demokratien brauchen den Populismus von daher nicht zu fürchten.

Gegen diese optimistische Sichtweise lassen sich zwei gravierende Einwände vorbringen. Erstens schwingt in ihr offenbar die Vorstellung mit, dass die populistischen Bewegungen – wenn sie ihre Funktion erfüllt haben – über kurz oder lang wieder verschwinden. Im Falle der neuen Rechtsparteien hat sich das bekanntlich nicht bewahrheitet, im Gegenteil: Die Populisten zeigen sich stabil und legen in der Wählergunst mancherorts sogar noch kräftig zu. Für die anderen Parteien, insbesondere im Mitte-Rechts-Lager, bedeutet das, dass sie die lästige Konkurrenz in ihre Bündnisüberlegungen über kurz oder lang mit einbeziehen müssen, wenn sie ihre Mehrheitsfähigkeit behalten wollen. Die Rechtspopulisten wurden auf diese Weise schon zu Beginn der 2000er Jahre «salonfähig» gemacht und in einer Reihe von Ländern direkt oder indirekt an der Regierung beteiligt.

Der zweite Einwand bezieht sich auf das problematische Demokratieverständnis des Rechtspopulismus. Hier muss man zur Begründung etwas weiter ausholen. So wie sie als politisches System in einem Großteil der Welt heute real existiert, bildet die Demokratie eine Synthese aus zwei normativen Prinzipien: der Volkssouveränität (die man auch als demokratisches Prinzip im engeren Sinne bezeichnen könnte), und der Verfassungsstaatlichkeit. Beide liegen in einem komplementären Spannungsverhältnis zueinander. Postuliert das Demokratieprinzip eine Regierungsform, in der Herrschaft stets unter Berufung auf den Willen des Volkes, das heißt: der Mehrheit des Volkes ausgeübt wird, so ist der Verfassungsstaat die Antwort auf das Paradoxon, dass sich eine solche Demokratie mit demokratischen Mitteln selbst abschaffen kann (wenn es das Volk beziehungsweise die Mehrheit des Volkes so beschließt). Verfassungsstaatliche Strukturen laufen also auf eine Befestigung der Demokratie hinaus, indem sie deren Herrschaftsanspruch begrenzen. Sie sorgen dafür, dass die vom Volk bestellten Vertreter in ihrer Machtausübung kontrolliert werden

und definieren einen Bereich geschützter Rechte, über die keine demokratische Mehrheit – sei sie auch noch so groß – verfügen kann. Institutionell umgesetzt wird das verfassungsstaatliche Prinzip durch verschiedene Formen der Gewaltenteilung; seinen sichtbarsten Ausdruck findet es in der verfassungsgerichtlichen Normenkontrolle.

Wird die Reichweite des demokratischen Herrschaftsanspruchs durch die Verfassung äußerlich begrenzt, so unterliegt das Prinzip der Volkssouveränität auf der anderen Seite auch immanenten Schranken. Allein aufgrund ihrer Größe können die demokratischen Systeme das Herrschaftsproblem nur mittels Repräsentation lösen. Volkssouveränität heißt also nicht, dass das Volk selber die Regierungsgeschäfte führt, sondern dass es bestimmte Personen oder Personengruppen beauftragt, die Regierungsgewalt stellvertretend in seinem Namen und Interesse auszuüben. Faktisch hat das zur Folge, dass neben die Herrschaft der Vielen die Herrschaft der Wenigen tritt. Realistisch betrachtet ist eine Demokratie ohne ausgewähltes Führungspersonal, das die Leitungsfunktionen übernimmt und über entsprechende Machtprivilegien verfügt, nicht vorstellbar. Die Frage lautet nur, ob das auch so sein sollte. In der normativen Demokratiediskussion scheiden sich daran bis heute die Geister.

Volkssouveränität heißt also nicht, dass das Volk selber die Regierungsgeschäfte führt, sondern dass es bestimmte Personen oder Personengruppen beauftragt, die Regierungsgewalt stellvertretend in seinem Namen und Interesse auszuüben.

Die Grundkontroverse zwischen konstitutioneller und «populistischer» Demokratieauffassung spiegelt sich also auch in der Interpretation des Volkssouveränitätsprinzips wider. Die einen sehen die Regierungsgewalt am besten in der Hand einer qualifizierten Führungsgruppe aufgehoben, die ihre Verantwortung für das Volk allein aus der Sache heraus wahrnimmt, ohne den wechselnden Stimmungen des Publikums nachzulaufen; die anderen halten dafür, dass dem Volk ein möglichst unmittelbarer Einfluss auf die Politik zugestanden werden muss, weil nur so ein Höchstmaß an Übereinstimmung zwischen Regierenden und Regierten zu erreichen sei.

Die repräsentative stimmt mit der konstitutionellen Demokratiekonzeption in der Betonung des deliberativen Charakters der Entscheidungsprozesse überein; sie ist deshalb ihrer Tendenz nach inklusiv, auf eine möglichst breite Interessenberücksichtigung hin angelegt, wie schwierig sich die Kompromissfindung dabei immer gestalten mag. Die populistische Demokratiekonzeption setzt demgegenüber anstelle des geduldigen Aushandelns die Dezision. Sie möchte die vorhandene Interessenvielfalt in einer mehrheitsdemokratischen Entscheidungsbefugnis aufgehoben sehen, die auf Ausgrenzung beruht und

damit polarisierend wirkt. Von daher erklärt sich das Bedürfnis nach homogenen Identitätskonstruktionen, der Drang, das Volk als vorgestellte Einheit nicht nur im Inneren gegen die herrschenden Eliten, sondern zugleich nach außen hin von anderen Völkern und Nationen zu unterscheiden; dies weist zumindest den Rechtspopulismus als eine der Tendenz nach antipluralistische oder antiliberalen Ideologie aus.

Die Ambivalenz des Rechtspopulismus unter Demokratiegesichtspunkten lässt sich daran festmachen, dass beides einander keineswegs ausschließt: Auch ein politisches Programm, das illiberale oder antipluralistische Positionen vertritt, kann dazu beitragen, die Repräsentationsbasis der bestehenden parlamentarischen Parteiendemokratie zu verbreitern. Hinzu kommt, dass die antiliberalen oder antipluralistische Stoßrichtung der Ideologie innerhalb der rechtspopulistischen Parteienfamilie Abstufungen aufweist und zum Teil deutlich variiert. Einerseits macht es einen Unterschied, ob sich diese Ausrichtung nur auf den kontroversen Sektor des politischen Systems bezieht, also das, was im Rahmen eines gegebenen Verfassungskonsenses strittig ist und im Wettbewerb entschieden wird, oder auf den Verfassungskonsens selbst. Zum anderen sind die Positionen der Rechtspopulisten auch innerhalb des kontroversen Sektors nicht durchweg antiliberal, wie etwa ein Vergleich der niederländischen PVV mit der AfD zeigt. Während Wilders' Partei mit der Gleichstellung der Frau ebenso wenig ein Problem hat wie mit den Rechten Homosexueller, vertritt die AfD im gesellschaftspolitischen Bereich ausgesprochen konservative – die meisten würden sagen: rückwärtsgewandte – Positionen. Das Ironische daran ist, dass die AfD dieses Frauen- und Familienbild mit einem Teil der muslimischen Zuwanderer teilt, deren Integrierbarkeit in die «einheimische» Gesellschaft sie ansonsten genauso heftig bestreitet wie Wilders. Diesem dienen die progressiven Werte gerade dazu, die vermeintliche kulturelle Rückständigkeit der Muslime zu beweisen, was ihn zum radikalsten Islamgegner unter den europäischen Rechtspopulisten macht.

In der Forschung gibt es eine anhaltende Debatte, ob dem Rechtspopulismus eher ökonomische oder kulturelle Ursachen zugrunde liegen. Seine lange Zeit dominierende Deutung als «identitätspolitisches», also in erster Linie kulturelles Phänomen wird inzwischen von manchen bestritten, obwohl gerade sie eine plausible Erklärung für den Antiliberalismus und -pluralismus der populistischen Ideologie bereithält. Denn anders als ökonomische Verteilungsfragen sind kulturelle, wertbezogene Fragen moralisch stark aufgeladen. Weil es bei ihnen immer um letzte Wahrheiten und Gewissheiten geht, eignen sie sich nur schwer für die politische Kompromissbildung. Dies gilt zumal, wenn sich die kulturellen Standpunkte mit religiösen Überzeugungen verbinden (wie etwa beim Thema Abtreibung).

Vor diesem Hintergrund wäre es etwas leichtfertig, die antiliberalen und antipluralistischen Merkmale des Rechtspopulismus ohne weiteres mit einer demokratie- oder verfassungsfeindlichen Haltung gleichzusetzen. An welchem Punkt die Negation demokratischer Prinzipien aus dem nicht-kontroversen «Verfassungsbogen» heraus und in den Extremismus hineinführt, ist naturgemäß nicht leicht zu bestimmen. Dasselbe gilt für die Frage, ab wann man extremistische Positionen innerhalb einer Partei dieser als ganze zurechnen muss. Die meisten Angehörigen der rechtspopulistischen Parteienfamilie in Europa gehören zu den nicht-extremistischen Vertretern – trotz ihrer ideologischen Radikalität. Umgekehrt gibt es rechtsextremistische Parteien wie die NPD, denen die typischen Merkmale des Populismus fehlen. Bei der FPÖ und der AfD handelt es sich wiederum um populistische Vertreter mit extremistischen «Einsprengeln», die sich im Falle der AfD zuletzt immer weiter verstärkt haben. Schätzungsweise ein Drittel der Funktionäre und Mitglieder der Partei können heute dem Extremismus zugerechnet werden. Nicht ganz so hoch dürfte der Anteil unter den Wählern liegen, wobei die Befunde hier – je nach Messweise – variieren und mitunter schwer zu interpretieren sind.

Gemessen daran ist die AfD also eine nicht durchgängig, aber in hohem Maße demokratiefeindliche Partei. Heißt das, dass sie durch ihre politische Präsenz die Demokratie in der Bundesrepublik bereits gefährdet oder demnächst gefährden könnte? Die Antwort auf diese Frage hängt einerseits von den Auswirkungen dieser Präsenz auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems, andererseits von der Stärke der gesellschaftlichen und politischen Gegenkräfte ab. Beide Faktoren stehen in einem Zusammenhang miteinander, sind aber nicht deckungsgleich.

Der europäische Vergleich zeigt, dass es in den Systemen mit Verhältniswahlrecht eine kritische Schwelle der Wählerunterstützung gibt, jenseits derer die Herausfordererparteien von der etablierten Konkurrenz nicht mehr ignoriert, das heißt von der Regierungsmacht auf Dauer ferngehalten werden können. Sie liegt bei etwa 20 bis 25 Prozent. Diesen Wert erreicht die AfD zwar nicht auf der nationalen Ebene, aber nahezu flächendeckend in Ostdeutschland, wo ihr Wählerpotenzial etwa doppelt so hoch liegt wie in der alten Bundesrepublik. Die Landtagswahlen im Spätsommer und Herbst werden zeigen, ob sie dieses Potenzial hält oder vielleicht noch steigert.

Selbst kühne Optimisten gehen inzwischen nicht mehr davon aus, dass es gelingen könnte, die Rechtspopulisten aus dem politischen System wieder zu verdrängen.

Selbst kühne Optimisten gehen inzwischen nicht mehr davon aus, dass es gelingen könnte, die Rechtspopulisten aus dem politischen System wieder zu



verdrängen. Die Kombination von nachfrage- und angebotsseitigen Faktoren sichert der AfD zumindest mittelfristig gute Chancen. Was die Nachfrageseite angeht, dürften allein die Nachwirkungen der 2015 und 2016 getroffenen Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik genügend thematische Gelegenheiten bereithalten. Auf der Angebotsseite profitiert die Partei wiederum vom neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit durch die sozialen Medien, bei deren professioneller Nutzung sie der Konkurrenz meilenweit voraus ist. Diese geben ihnen die Möglichkeit, ihre Wähler ohne Umweg über die tradierten Medien direkt zu adressieren und die letzteren gleichzeitig als Teil des verhassten Establishments zu brandmarken.

Darüber hinaus – und ebenso wichtig – kann sich die AfD die immensen Ressourcen zunutze machen, die ihr im Zuge der parlamentarischen Etablierung auf allen Ebenen des parteienstaatlichen Systems bereits zugeflossen sind und weiter zufließen. Der demokratische Verfassungs- und Rechtsstaat selbst stellt den Demokratiekritikern also die Mittel zur Verfügung, mit denen diese ihre Wettbewerbschancen verbessern und das Maß an Wählerunterstützung erreichen können, das sie brauchen, um den Umbau des politischen Systems nach eigenen Vorstellungen zu betreiben. Die Rechtspopulisten bedienen sich dieser Mittel bereitwillig, obwohl sie ihrem eigenen Demokratieverständnis zum Teil zuwider laufen und sie nicht zögern würden, sie zu beschneiden, wenn sie die Macht dazu hätten. Die Fidesz- und PIS-Regierungen in Ungarn und Polen haben gezeigt, dass solche Befürchtungen keineswegs aus der Luft gegriffen sind. Sie sollten auch nicht mit dem Hinweis abgetan werden, es gehe um ein ausschließliches Problem mittelosteuropäischer Länder, zumal es sich bei Ostdeutschland ja ebenfalls um eine «postkommunistische» Gesellschaft handelt.